

Bundesbudget 2015 und Ausblick auf die kommenden Jahre

Dieser Text zeigt, wie der Bund in diesem Jahr voraussichtlich Geld einnehmen wird und für welche Bereiche er wie viel Geld ausgeben wird. Aufgrund der deutlichen Budgetverfehlungen im Jahr 2014 ist der zweite Teil einem ausführlichen Rück- und Ausblick gewidmet.

Bundesbudget 2015: Einnahmen und Ausgaben

Wie nimmt der Bund Geld ein?

Für das Jahr 2015 sind auf Bundesebene Einnahmen von 67.5 Milliarden Franken budgetiert. Damit wachsen sie um knapp 3% im Vergleich zum Vorjahr. Die Einnahmen steigen somit gleich stark wie das erwartete Wachstum des Bruttoinlandsprodukts für 2015. Da die Einnahmen 2014 aber tiefer ausgefallen sind als ursprünglich budgetiert, ist die Wachstumsrate verfälscht (dazu mehr unter „Rückblick & Ausblick“).

Steuern machen den grössten Anteil der Einnahmen aus. Dabei handelt es sich hauptsächlich um zwei Arten.

Zum einen gibt es direkte Steuern wie die Einkommens-, die Vermögens- und die Verrechnungssteuer. Zum anderen gibt es indirekte Steuern wie zum Beispiel die Mehrwert- und Mineralölsteuer sowie Stempelabgaben.

Fast zwei Drittel der Einnahmen gehen auf die **direkte Bundessteuer** und die **Mehrwertsteuer** zurück. Die budgetierten Einnahmen durch die Mehrwertsteuer steigen im Vergleich zum Jahr 2014 um 3.5%. Damit macht sie rund 35% der Gesamteinnahmen aus. Weitere 30% der Einnahmen werden durch die **direkte Bundessteuer** generiert.

Die Einnahmen aus der **Verrechnungssteuer** wachsen am stärksten, nämlich um mehr als 10%. Weil die Einnahmen in diesem Bereich aber proportional eher klein sind, hat dies keinen grossen Einfluss aufs Gesamtbudget. Auch die budgetierten Einnahmen per **Stempelabgaben** nehmen mit einem Wachstum von fast 8% deutlich zu. Den Grund sieht der Bund in der günstigen Entwicklung an den

Zusammenfassung

Budget 2015

Der Bund erzielt 2015 Einnahmen von total 67.53 Milliarden CHF (+2.9%). Das grösste Wachstum zeigt sich wie im Jahr zuvor bei der direkten Bundessteuer (Gewinn- und Einkommenssteuer).

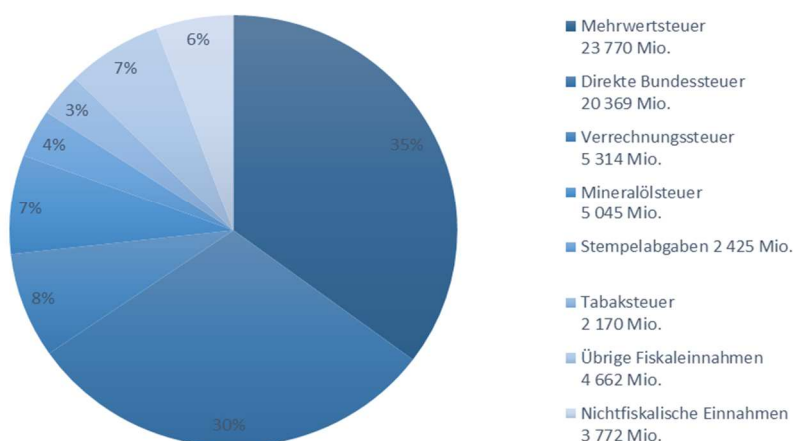
Die Ausgaben betragen 67 Milliarden CHF (+1.3%). Die Ausgaben wachsen somit langsamer als das Bruttoinlandsprodukt (+2.9%) und damit moderat. Das grösste Wachstum resultiert bei den Beziehungen zum Ausland, der Bildung und Forschung sowie den Ausgaben für soziale Wohlfahrt. Während die Annahme der „Initiative gegen Masseneinwanderung“ Auswirkungen auf das Wachstum der ersten beiden hat, steigen letztere Ausgaben vor allem aufgrund der Teuerung und der demographischen Entwicklung. Aufgrund dieser Zahlen ergibt sich ein geplanter Gewinn von 528 Mio. CHF für 2015 und die Vorgaben der Schuldenbremse sind erfüllt.

Rückblick und Ausblick

Im Januar 2015 präsentierte der Bundesrat die Bilanz für das vergangene Jahr und musste deutliche Budgetverfehlungen eingestehen. Der Aufschwung der Wirtschaft war geringer als erwartet und die Aussichten für die kommenden Jahre sind unsicher. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Ziele für 2015 ebenfalls nicht erreicht werden können und somit die Vorgaben der Schuldenbremse nicht erreicht werden.

Börsenmärkten, welche einen Anstieg bei der Umsatzsteuer bewirkt. Einen leichten Rückgang der Einnahmen erwartet der Bund bei der **Tabaksteuer**, was mit der alljährlich zurückgehenden Anzahl an Rauchern zusammenhängt.

Budgetierte Einnahmen 2015 in Millionen



Wofür gibt der Bund Geld aus?

Für 2015 hat der Bund Ausgaben in der Höhe von 67 Milliarden Franken budgetiert. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Steigerung von 1.3%. Somit steigen die Ausgaben weniger stark als die Wirtschaft wächst.

Wie im letzten Jahr entfällt rund ein Drittel der Gesamtausgaben des Bundes auf die **soziale Wohlfahrt**. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Ausgaben für soziale Aktivitäten und Vorsorge um 2.7% gestiegen. Die Hälfte dieser Ausgaben wird für die Altersvorsorge (AHV) aufgewendet, ein weiteres Viertel kommt der Invalidenversicherung (IV) zu Gute. Vor allem bei der AHV ist mit deutlichen Steigerungen der Ausgaben zu rechnen. Aufgrund der Alterung der Bevölkerung gibt es immer mehr Rentner, denen monatliche Rentenzahlungen zustehen (siehe Vimentis-Text zur Altersvorsorge). Ab 2015 leistet der Bund zudem einen Beitrag zur Senkung der Krankenkassenprämien, was ebenfalls höhere Ausgaben mit sich zieht.

Die Ausgaben unter **Finanzen und Steuern** bleiben fast gleich gegenüber dem Vorjahr. Hauptsächlich sind dies die Ausgaben für den Finanzausgleich und für Kantonsanteile an den Bundessteuern. Der Grund hierfür liegt in den immer noch sehr tiefen Zinsen, die der Bund für seine Schulden bezahlen muss.

Auch die Ausgaben für den **Verkehr** bleiben stabil. Mehr als die Hälfte davon geht an den öffentlichen Verkehr - der Rest an den Strassenverkehr.

Ein relativ starkes Wachstum von 2.2% ist bei den Ausgaben für **Bildung und Forschung** zu verzeichnen. Einerseits wuchsen die Beiträge an die staatlichen Hochschulen, andererseits soll die Forschung in Zukunft stärker mit Bundesgeldern unterstützt werden. Letzteres ist unter anderem eine direkte Folge der Annahme der „Initiative gegen Masseneinwanderung“. Die Schweiz ist seither beim EU-Forschungsprogramm „Horizon 2020“ kein vollwertiges Mitglied mehr. Ebenfalls eine Folge der Initiative war der Ausschluss aus „Erasmus+“, dem EU-Förderprogramm für den Studierendenaustausch. An diesem Punkt springt der Bund ein und unterstützt Schweizer Studierende finanziell, die einen Austausch in einem europäischen Land machen möchten. Die zusätzlichen Ausgaben beliefen sich dafür 2014 auf 22.7 Millionen Franken (siehe Profiwissen).

Die budgetierten Ausgaben für die **Landesverteidigung** gehen um 3% zurück. Grund dafür ist, dass das Volk im Mai 2014 die Finanzierung der Gripen-Kampfflugzeuge abgelehnt hat. Damit ist auch der Anteil der Lan-

Profiwissen

Horizon 2020

Der Begriff beschreibt ein EU-Forschungsprogramm, welches bis 2020 laufen soll. Ziel ist es, die europäische Forschung zu koordinieren. Auch soll deren Strategie an die aktuelle Lage angepasst werden. Nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative wurde die Schweiz auf den Status eines Drittstaats zurückgestuft. Ende 2014 konnte man mit der EU aber ein Abkommen schliessen. Dadurch werden Schweizer Forscher in gewissen Bereichen wieder als gleichberechtigte Partner angesehen.

Erasmus+

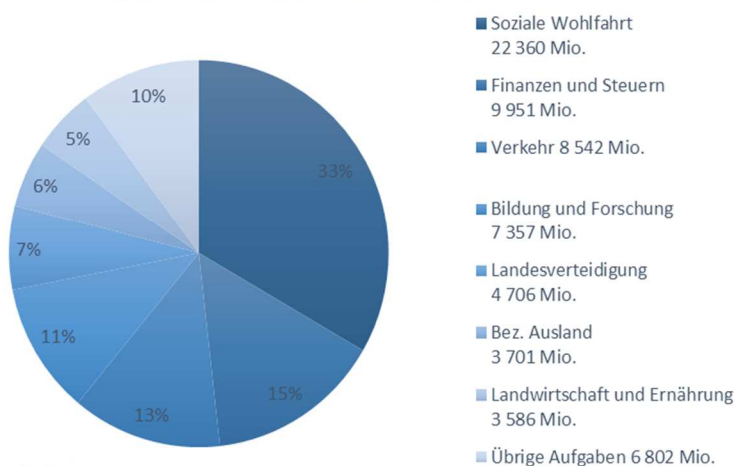
Erasmus ist ein Förderprogramm für den Studierendenaustausch an Universitäten im EU-Raum. Nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative hat die Schweiz ihren Status als beteiligtes Land verloren. Als Übergangslösung unterstützt der Bund Schweizer Studierende im EU-Raum nun direkt finanziell.

desverteidigungsausgaben am Gesamtaufwand leicht auf 7% zurückgegangen.

Das grösste Wachstum der Ausgaben (3.7%) verzeichnet der Bund im Bereich der **Beziehungen zum Ausland**. Dies ist einerseits darauf zurückzuführen, dass die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit wie bereits in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind. Andererseits wird mehr Geld für diplomatische Beziehungen und internationale Organisationen aufgewendet. Dämpfend auf die Ausgaben in diesem Bereich wirken die seit der Annahme der „Initiative gegen Masseneinwanderung“ gesunkenen Beiträge an die Europäische Union (wie bspw. für das genannte Forschungsprogramm der EU).

Den grössten Rückgang der Ausgaben (-3.6%) verzeichnet der Bund im Bereich der **Landwirtschaft und Ernährung**. Drei Viertel dieser Ausgaben fallen für Direktzahlungen an. Dieser Kostenpunkt war im Parlament Anlass von Diskussionen, wollte der

Budgetierte Ausgaben 2015 in Millionen



© www.vimentis.ch

Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung

Bund doch im Rahmen der Schuldenbremse die Direktzahlungen kürzen. Nach Verhandlungen im National- und Ständerat erhalten die Bauern nun jedoch 84 Millionen Franken mehr an Direktzahlungen, als ursprünglich vorgesehen war. Dass die Ausgaben trotzdem abnehmen, liegt an verschiedenen Sparmassnahmen in Höhe von 700 Millionen Franken, wobei ein Teil davon auf die Landwirtschaft zurückfällt (beispielsweise durch tiefere Zahlungen für Dauergrünland).

Finanzierungsergebnis

Bei Einnahmen von 67.53 und Ausgaben von 67 Milliarden Franken resultiert ein budgetierter Überschuss von 530 Millionen Franken. Damit würden die Vorgaben der Schuldenbremse erfüllt werden (siehe unten).

Rückblick & Ausblick

Das Jahr 2014

Im Bundesbudget 2014 war ursprünglich ein Überschuss von 121 Millionen Franken budgetiert. Im Januar 2015 musste der Bundesrat jedoch stattdessen erstmals seit 2005 ein Defizit in Höhe von 124 Millionen präsentieren. Grund dafür sind deutlich geringere Einnahmen. Auffallend sind vor allem die Mindereinnahmen bei der direkten Bundessteuer von mehr als 2 Milliarden Franken. Dass das Defizit nicht höher ausgefallen ist, erklärt der Bundesrat mit dem ablehnenden Volksentscheid zum Gripenkauf, den tieferen Zinsen sowie dem sinkenden Anteil der Kantone an der direkten Bundessteuer.

Ausblick

Die beschriebenen Entwicklungen sind im Bundesbudget 2015 noch nicht berücksichtigt. Sie werden jedoch Einfluss auf die zukünftigen Planungen haben. Der Bundesrat rechnet damit, dass sich bei der Abrechnung 2015 eine ähnliche Entwicklung wie

2014 zeigen wird. Er hat deshalb bereits Massnahmen im Ausblick auf 2016 angekündigt. So soll das Budget an mehreren Stellen gekürzt werden. Ursprünglich erwartete man beim Bund einen jährlichen Anstieg der Einnahmen von durchschnittlich 3.4%. In Zahlen wären dies 2016 Einnahmen von 72 Milliarden, 2018 gar bereits 76 Milliarden Franken. Diese optimistischen Voraussagen müssen nun der aktuellen Wirtschaftslage angepasst werden. So werden die geplanten Einnahmen bei der direkten Bundessteuer für 2016 beispielsweise um 1.6 Milliarden Franken nach unten korrigiert. Angesichts der zu positiven Prognosen bei den Bundeseinnahmen wurde auch bei den Ausgaben eine durchschnittliche Erhöhung geplant. Diese sollte jährlich bei rund 2.6% liegen. In Zahlen formuliert wären die Ausgaben 2016 auf 71 Milliarden und 2018 auf 73 Milliarden Franken gestiegen. Aufgrund der veränderten Wirtschaftslage sollen nun aber auch bei den Ausgaben Massnahmen ergriffen werden. So sollen die Personalausgaben eingefroren werden. Auch der Aufwand für externe Berater, der bis anhin im Schnitt rund 250 Millionen Franken pro Jahr betrug, soll reduziert werden. Insgesamt möchte der Bundesrat mit diesen Massnahmen das Ausgabenwachstum im Jahr 2016 auf ein Prozent beschränken.

Da die genaue Entwicklung des Budgets stark von der Wirtschaftslage abhängt, ist es schwierig, genaue Prognosen zu formulieren. Vor allem da Herausforderungen warten: Neben tieferen Einnahmen sorgen auch andere Effekte dafür, dass in den nächsten Jahren mit strukturellen Defiziten, also einer dauerhaften Überbelastung der Staatskasse, gerechnet wird. Als Beispiel dient die Aufhebung des Euro-Mindestkurses durch die Schweizerische Nationalbank (SNB) im Januar 2015. Diese Massnahme

wird auch in den kommenden Jahren Einfluss auf die Wirtschaft haben.

Ein strukturelles Defizit hätte mit der **Schuldenbremse** verhindert werden sollen. Diese hat das Ziel, die Schulden des Staats im Rahmen zu halten. Ihre Hauptregel lautet, dass die Ausgaben über die Phasen eines wirtschaftlichen Aufschwungs sowie des nachfolgenden Abschwungs hinweg die Einnahmen nicht übersteigen dürfen. Kurzfristig dürfen in wirtschaftlich schwachen Zeiten zwar Schulden gemacht werden, sie müssen aber in wirtschaftlich guten Zeiten wieder abgebaut werden. Aufgrund der Wirtschaftskrise und deren Folgen erlaubte die Schuldenbremse von 2009 bis 2014 ein Defizit im Bundeshaushalt. Nun verlangt sie aber aufgrund eines ursprünglich prognostizierten Aufschwungs einen konjunkturellen Überschuss von 338 Millionen Franken. Mit dem im Bundesbudget 2015 geplanten Überschuss von 528 Millionen Franken wäre diese Vorgabe zwar übertroffen worden, mit den geänderten Voraussetzungen wird es aber schwierig, diese Bedingungen zu erfüllen.

Fazit

Die budgetierten Einnahmen konnten 2015 erhöht werden, währenddessen die Erhöhung der Ausgaben moderat ausfiel. Letzteres konnte vor allem durch Sparmassnahmen in verschiedenen Bereichen bewirkt werden und wurde durch Effekte wie tiefe Zinsen und eine mässige Teuerung unterstützt. Die Wirtschaftslage wurde bei der Beurteilung durchwegs positiv eingeschätzt. In der Zwischenzeit sind aber die Unsicherheiten bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung immer grösser geworden. Dies könnte dazu führen, dass die budgetierten Ziele wie bereits im Jahr 2014 nicht erreicht werden und somit die Vorgaben der Schuldenbremse (Überschuss von 338 Millionen Franken) verfehlt werden.

Literaturverzeichnis:

- Der Bund (2015). *«Massiv verschlechterte» Bundesfinanzen*. Gefunden am 12. Feb. 2015 unter <http://www.derbund.ch/schweiz/standard/Massiv-verschlechterte-Bundesfinanzen/story/12038950>
- Der Bund (2014). *Ersatzlösung für den Erasmus-Stopp*. Gefunden am 12. Feb. 2015 unter <http://www.derbund.ch/schweiz/standard/Ersatzloesung-fuer-den-ErasmusStopp/story/30061771>
- Der Bund (2014). *Bundesrat will 700 Millionen Franken einsparen*. Gefunden am 25. Feb. 2015 unter <http://www.derbund.ch/schweiz/standard/Bundesrat-will-700-Millionen-Franken-einsparen/story/12699367>
- Bundesamt für Statistik (2012). *Tabakkonsum in der Schweiz*. Gefunden am 12. Feb. 2015 unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/14/02/02/key/03.html>
- Bundesbehörden (2012). *Bundesrat verabschiedet Botschaft zum Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014*. Gefunden am 12. Feb. 2015 unter <http://www.admin.ch/aktuell/00089/index.html?lang=de&msg-id=47263>
- Eidgenössische Finanzverwaltung (2014). *Der Haushalt im Überblick: Voranschlag 2015*. Gefunden am 10. Feb. 2015 unter http://www.efv.admin.ch/d/downloads/finanzberichterstattung/bufi/VA2015/VA15_Haushalt_d.pdf
- Eidgenössische Finanzverwaltung (2014). *Finanzberichterstattung*. Gefunden am 10. Feb. 2015 unter <http://www.efv.admin.ch/d/dokumentation/finanzberichterstattung/budget.php>
- Eidgenössische Finanzverwaltung (2014). *Voranschlag: Bericht zum Voranschlag 2015*. Gefunden am 10. Feb. 2015 unter http://www.efv.admin.ch/d/downloads/finanzberichterstattung/budget/2015/VA15_Band_1_d.pdf
- Eidgenössische Finanzverwaltung (2014). *Finanzpläne*. Gefunden am 10. Feb. 2015 unter <http://www.efv.admin.ch/d/dokumentation/finanzberichterstattung/finanzplaene.php>
- Eidgenössische Finanzverwaltung (2014). *Statistiken und Kennzahlen des Bundeshaushalts*. Gefunden am 10. Feb. 2015 unter http://www.efv.admin.ch/d/dokumentation/finanzberichterstattung/kennzahlen_bundeshaushalt.php
- Handelszeitung (2015). *Erstes Minus seit 2005: Bund macht 124 Millionen Defizit*. Gefunden am 11. Feb. 2015 unter <http://www.handelszeitung.ch/konjunktur/erstes-minus-seit-2005-bund-macht-124-millionen-defizit-738679>
- Handelszeitung (2015). *Über 20 Prozent mehr Personalaufwand beim Bund*. Gefunden am 11. Feb. 2015 unter <http://www.handelszeitung.ch/politik/ueber-20-prozent-mehr-personalaufwand-beim-bund-742017>
- Neue Zürcher Zeitung (2015). *Bundesbilanz 2014: 124 Millionen Franken Defizit statt Überschuss*. Gefunden am 12. Feb. 2015 unter <http://www.nzz.ch/schweiz/bund-schreibt-124-millionen-franken-defizit-1.18480829>
- Neue Zürcher Zeitung (2014). *Bundesbudget 2015: Nachsicht mit den Landwirten*. Gefunden am 12. Feb. 2015 unter <http://www.nzz.ch/schweiz/nachsicht-mit-den-landwirten-1.18443136>
- Tages Anzeiger (2015). *Die heimlichen Chefs der Bundesverwaltung*. Gefunden am 12. Feb. 2015 unter <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Die-heimlichen-Chefs-der-Bundesverwaltung/story/19414485>
- Tageswoche (2015). *Die Akademiker haben den Tod des Erasmus-Programms überwunden*. Gefunden am 12. Feb. 2015 unter http://www.tageswoche.ch/de/2015_03/basel/677857/